

Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 22.02.2023 um 18:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle und digital

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste

Protokollführung: Lara Albert

vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1 Begrüßung, Bestätigung der Sitzungsleitung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 Beschluss der Tagesordnung

TOP 3 Nachwahl 2 Mitglieder AG Personalstruktur

TOP 4 Parteientwicklung bis 2024 (mit 2 Beschlussvorlagen: 1) Beschluss der AG Personalstruktur an den LPT, 2) überarbeiteter Beschluss nach Diskussion von 25.01.)

TOP 5 Diskussion und ggf. Beschlüsse zur künftigen Struktur und Arbeit des Landesausschusses (Diskussionsgrundlage Antrag der LAG Seniorenpolitik), ggf. Beratung zu weiteren

TOP 6 Beschluss Delegiertenschlüssel Landesparteitag

TOP 7 Berichte

- Landesausschussvorstand
- geschäftsführender Landesvorstand
- Landtagsfraktion
- Stadt- und Kreisverbände
- Landesarbeitsgemeinschaften

TOP 8 Sonstiges

TOP 1 Begrüßung, Bestätigung der Sitzungsleitung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Julia Langhammer eröffnet die Sitzung um 18:01 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit ist mit 26 von 45 anwesenden Mitgliedern gegeben. Sie wird als Sitzungsleitung bestätigt.

Sie entschuldigt sich für die verspätete Einladung, welche auch von einem Mitglied gerügt wurde. Deswegen wird der Tagesordnungspunkt 6 „Beschluss Delegiertenschlüssel Landesparteitag“ auf die nächste Sitzung verschoben.

TOP 2 Beschluss der Tagesordnung

Birgit Schindhelm bitte um die Ergänzung des TOPs 3: Protokollkontrolle. Darüber besteht Einvernehmen.

TOP 3: Protokollkontrolle

Es wird darum gebeten zukünftig Ergebnisprotokolle anzufertigen.

Einige redaktionelle Änderungen werden eingefügt.

Übersicht über die Änderungen:

- S. 5 Redebeitrag: Birgit Schindhelm -> in Pätzold (bzgl Eintritten/Austritten getrennt betrachten.)

- TOP 4 altes Protokoll: neuer Formulierungsvorschlag bzgl. Birgits Redebeitrag, wird per Mail zugearbeitet.
- Holger Hänsgen reicht den Finanzplan als Anhang nach.

Es wird besprochen, ob der Anhang „Mitgliederentwicklung“ in den KVs verwendet werden darf. Dies wird mit Johannes Feutlinske abgeklärt.

Das Protokoll wird in vorliegender Fassung zur Kenntnis genommen und mit den redaktionellen Änderungen veröffentlicht.

TOP 4 Nachwahl 2 Mitglieder AG Personalstruktur

Kandidaturen Julia Langhammer, Ute Lukasch.

Die Bestätigung soll per Umlaufbeschluss erfolgen, um den Landungsmangel zu heilen. Für dieses Vorgehen besteht Einvernehmen.

TOP 5 Parteientwicklung bis 2024

(a) Beschluss der AG Personalstruktur

Auf dem letzten Parteitag wurde das Thema Personalentwicklung mit der AG Personalstruktur bekräftigt und in einer paritätisch besetzten Runde monatlich bearbeitet. (KVs, LA, LV) Dabei stand die Zusammenarbeit der einzelnen Strukturen im Vordergrund.

Die Ergebnisse sind in den Antrag an den LPT eingeflossen.

Inhaltliche Schwerpunkte waren die mögliche demokratische Gestaltung von freiwilligen Regionalverbänden, die Einführung von Ortsvereinen statt Basisorganisationen, das Thema Regionalmitarbeitende, deren Einführung aus organisatorischen Gründen abgelehnt wurde – es soll jedoch ein verbessertes Unterstützungsmodell der LGS an die KVs entwickelt und umgesetzt werden – und die Zentralisierung von Aufgaben, insbesondere in der Mitgliederverwaltung und in Form eines Prüfauftrages für die Finanzverwaltung sowie durch den Aufbau eines zentralen Technikpools um die KVs zu entlasten. Außerdem wurden das Konfliktmanagement und die Stärkung der Mediationsstelle bearbeitet. In diesem Zusammenhang soll ein Pool ehrenamtlicher Streitschlichter:innen aufgebaut werden.

Es wird nachgefragt, ob bereits zum jetzigen Zeitpunkt Änderungswünsche eingearbeitet werden können. Dies soll nicht im Vorfeld des LPTs geschehen, sondern auf diesem im Rahmen von Änderungsanträgen.

Positiv bewertet wird, dass Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis erfolgen sollen und eine Verwaltungsentlastung der KVs angestrebt wird. Außerdem wird sich für die sehr informative und gute Analyse bedankt.

Als kritisch wird betrachtet, die Finanzhoheit aus dem Verantwortungsbereich der KVs zu nehmen, da diese auf eine eigenständige Finanzplanung für die Jahresplanung angewiesen sind. Dieses Problem ist den Antragstellenden bekannt. Deswegen soll vorsichtig geprüft werden, welche Lösung möglich ist, um die finanzielle Selbstverwaltung der Kreise zu erhalten. Das Spannungsfeld zwischen der Problematik der fehlenden Kreisschatzmeister:innen und der notwendigen finanziellen Selbstverwaltung der KVs wird aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Es besteht Einvernehmen darüber, dass letztere in jedem Fall gewährleistet sein muss. Eine Entlastung der Kreisschatzmeister:innen ist dennoch ebenso wie eine (Teil-)Automatisierung gewünscht. Dafür wird um Ideenvorschläge für die praktische Umsetzung der Zentralisierungsbestrebungen gebeten. Es wird sich eine Übersicht zur Abwägung der verschiedenen Ansätze gewünscht. Wichtig in diesem Bereich ist es, zwischen zentraler Buchhaltung und finanzieller Selbstverwaltung inhaltlich zu trennen. Insgesamt muss hier eine detaillierte Einzelprüfung erfolgen, wie beides gewährleistet werden kann. Der Unterschied zwischen Finanzverwaltung und Finanzhoheit wird betont. Erstere soll ggf. zentralisiert werden, letztere nicht. Es besteht Einvernehmen darüber, dass dieser Bereich – insbesondere in Anbetracht der schwierigen Nachfolge für die

ehrenamtlichen Kreisschatzmeister:innen – eines der drängendsten und kompliziertesten Probleme in der Parteientwicklung darstellt.

Ein weiterer Kritikpunkt aus den Reihen des LA ist die Abkehr der Idee der Regionalmitarbeitenden.

Fraglich ist, wie die weitere Unterteilung der KVs in OV's erfolgen und die politische Arbeit dort ablaufen soll.

→ Diese Problematik wird von den Antragstellenden anerkannt, die Gestaltung obliegt den KVs, um diese eben an die regionalen Besonderheiten anzupassen. Hier sollen keine Pflichten entstehen, sondern auf freiwilliger, bedarfsorientierter Basis Lösungen gefunden werden.

Bezüglich konkreter Zusammenschlüsse wird sich noch nicht geäußert. Die betreffenden KVs sollen besucht werden. Wenn Potentiale und Chancen erkannt werden, soll den Genoss:innen vor Ort ein Regionalverband nahe gelegt werden. Dies soll jedoch immer in enger und genauer Absprache mit den Aktiven vor Ort geschehen und demokratischen Grundprinzipien folgen-

Zur Frage wie genau und unter welchen Voraussetzungen sich die KVs der LGS bedienen können, wird erläutert, dass dies auf der nächsten KV/SV Beratung angesprochen und beraten werden soll. (Insb. Punkt 3c des Antrags) Bspw. Wahlkampfunterstützung, Unterstützung von Kampagnen vor Ort.

Außerdem wird die Entwicklung von Konzepten gefordert, mit Hilfe derer die KVs in arbeitsintensiven Zeiten kurzfristig bspw. mit geringfügig Beschäftigten entlastet werden könne.

Durch die Neustrukturierung der BO's in OV's entstehen zunächst keine direkten Änderungen in der Praxis vor Ort. Die OV's sollen insbesondere eingeführt werden, um die Mitglieder zum Stichtag dem zugehörigen OV zuordnen zu können. Eine Anpassung an die jeweiligen Wahlkreise erscheint sinnvoll, gestaltet sich aber auf Grund der unterschiedlichen Zuschnitte für unterschiedliche Wahlen als schwierig. Dies muss beachtet und keine überstürzte Entscheidung getroffen werden. Die Zuordnung zu den jeweiligen OV's der Mitglieder ist nur für die Aufstellungsversammlungen wichtig, aber jeder:r soll teilnehmen können wo er/sie möchte. Die genaue Zuteilung soll vor Ort diskutiert werden. Insgesamt sind die KVs selbst, wie bereits in der Satzung geregelt, für ihre Untergliederung zuständig. Deswegen sollen die OV's zunächst nach Wohnort für Wahlveranstaltungen oÄ durch Beschluss des KV gebildet werden. Thematische BO's können also trotzdem auf gleichem Wege gebildet werden.

Stimmungsbild:

Der LA gibt eine Beschlussempfehlung für den Antrag an den LPT.

Abstimmungsergebnis:

13 ja, 6 nein, 5 Enthaltungen.

Über den Antrag, den Beschluss den Landesparteitag zur Annahme zu empfehlen, wird im Umlaufverfahren entschieden.

(b) Antrag des LAV

Lara Albert stellt den Antrag für den LAV vor.

Es wird festgestellt, dass als Beschlusstext nur II „Der Landesausschuss möge beschließen:..“ Als Beschlusstext gilt und der Rest Begründung ist.

Positiv bewertet wird zum einen, dass der Antrag lediglich ein Antrag an den LA und LV und nicht an den LPT ist, da die Ursprungsfassung bei der öffentlichen Debatte negative Auswirkungen für die Gesamtpartei haben könnte. Trotzdem werden die Themen als wichtig und zielführend betrachtet. Insgesamt wird sich für die Umarbeitung des Antrags bedankt. Dieser greife zwar viele Dinge auf, die bereits im Arbeitsprogramm oder an anderen Stellen formuliert sind, eine Bekräftigung und Stärkung dieser ist jedoch zielführend.

Es wird klargestellt, dass der Rechenschaftsbericht der Fraktion nicht aus mangelndem Vertrauen gefordert wird, sondern so der Fraktion die Möglichkeit gegeben werden soll, komplexe Prozesse, die teilweise unverständlich erscheinen mögen, den Mitgliedern zu erklären und darzulegen, damit diese etwaige Entscheidungen verstehen und Argumentationshilfen bekommen.

Es besteht Einvernehmen darüber bei diesem Punkt das Wort „selbstkritisch“ zu streichen.

Es wird der GO-Antrag gestellt, die einzelnen Beschlusspunkte im Umlaufverfahren einzeln abzustimmen. Es erfolgt keine Gegenrede, damit ist der GO-Antrag angenommen.

Vereinbarung: Die Abstimmung über die einzelnen Antragspunkte erfolgt durch alle Mitglieder im Umlaufverfahren.

TOP 5 Diskussion und ggf. Beschlüsse zur künftigen Struktur und Arbeit des Landesausschusses

(Diskussionsgrundlage ist Antrag der LAG Seniorenpolitik), ggf. Beratung zu weiteren Vorschlägen

Beim per Mail versendetem Vorschlag für eine mögliche Änderung der Delegiertenzahl für den LA erfolgt eine redaktionelle Änderung, die die Mitgliederzahl in Saalfeld-Rudolstadt anpasst.

Es wird sich gewünscht, nicht nur den Delegiertenschlüssel für den LA anzupassen, sondern sich auch mit anderen Gremien und dem LV auseinander zu setzen, um die Proportionalität zwischen LV und LA auch zu wahren.

Es entsteht eine Debatte darüber, ob bei dem vorgeschlagenen Delegiertenschlüssel die satzungsmäßige Mindestquotierung eingehalten werden kann. Diese Frage ist nicht abschließend geklärt. Es gibt jedoch unter anderem die Vorschläge, die Quotierung über eine Stellvertretendenregelung abzusichern oder im Wechsel jeweils eine Frau und einen Mann für die jeweilige Periode zu wählen. Außerdem besteht eine weitere Interpretation der Satzung. Nach dieser gilt die Mindestquotierung nur, wenn mehrere Personen für ein Parteiamt kandidieren. Dies sei nicht der Fall, wenn nur ein Platz zu besetzen ist, da damit nur ein Delegiertenmandat/Parteiamt im jeweiligen Kreis zu wählen ist.

Es besteht Einvernehmen, diesen Punkt noch einmal genauer zu prüfen.

Kritisch hinterfragt wird auch unterschiedliche Gewichtung der KVs, die kleineren KVs sprechen sich (zumindest in dieser Sitzung) jedoch für eine Umstrukturierung aus, da teilweise Probleme bestehen alle Delegiertenmandate zu besetzen. Insgesamt wird eine Umstrukturierung als gut bewertet, um strukturschwache KVs zu entlasten. Mit diesen muss das Vorhaben intensiv diskutiert werden.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass eine Entscheidung nicht drängt und zukünftig nochmal aufgerufen und diskutiert werden soll, da ein derart wichtiges Thema in angemessener Länge und über demokratische Meinungsbildungsprozesse entschieden werden sollte.

Es wird sich insbesondere bei Torge Dermittel für die Ausarbeitung bedankt. Er übernimmt die juristische Prüfung in Abstimmung mit der Bundespartei.

TOP 6: LPT-Delegiertenschlüssel:

Es liegen verschiedene Vorschläge für den Delegiertenschlüssel für den nächsten LPT vor. Der LAV präferiert den Vorschlag, der 2 Grundmandate pro KV vorsieht und die übrigen Mandate nach Mitgliederstärke aufteilt. Dadurch verschiebt sich die Stimmgewichtung leicht zu Gunsten der kleineren KVs.

Aus den Reihen des LA gibt es auch verschiedene Stimmen, die diesen Vorschlag begrüßen. Es wird jedoch um eine Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt gebeten, damit sich die Mitglieder intensiver mit dieser wichtigen Entscheidung auseinandersetzen und diese in ihren Kreisen besprechen können. Darüber besteht Einvernehmen.

Auch die Verkleinerung des LPT wird in der Diskussion erneut angesprochen. Diese sei bisher zwar gescheitert, sollte aber weiter beraten werden. Es gibt auch Stimmen, die diese Diskussion ob möglicher künftiger Zusammenschlüsse einzelner Kreisverbände für obsolet halten.

TOP 7 Berichte:

LAG FiP:

Die wichtigen und teils recht komplizierten Vorbereitungen für die Ostermärsche 2023 laufen. Am Freitag soll ein gemeinsamer Aufruf im Landesvorstand vorgestellt und anschließend den jeweiligen Bündnispartner:innen vor Ort diskutiert werden. Eine Beteiligung der Kreise ist gewünscht.

Außerdem wird ein Dank an die Aktiven vor Ort bei Mahnwachen etc. sowie die Bitte, Bilder und Eindrücke der Veranstaltungen für eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit an die LAG zu schicken, ausgesprochen.

Geschäftsführender Landesvorstand:

Danke und Lob an alle die in Berlin beim Wahlkampf unterstützt haben.

Außerdem vielen Dank und Lob für die Zusammenarbeit in Bezug auf den gemeinsamen Kampf gegen die Abwahl Tilo Kummers in Hildburghausen

LAG Frauennetzwerk:

Es wird an die Einsendefrist für Vorschläge am 08.03.2023 und die Verleihung des Käthe-Duncker-Frauenpreises am 23.03.2023 erinnert.

Klausur des Landesausschussvorstands:

Um die Vernetzung mit den LAGen zu verbessern, sollen die Delegierten und LAG-Vorsitzenden zu einer Austauschrunde mit dem LAV eingeladen werden.

Der versendete Arbeitsplan wird zur Kenntnis gegeben. Es gibt keine Einwände, sodass erstmal wie durch den LAV geplant verfahren wird.

TOP 8: Sonstiges

Für das Antragsforum zum LPT am 13.04. wird sich ein:e ruhige:r neutrale:r Moderator:in gewünscht.

Die nächste Sitzung des LA findet am 26.04.2023 statt.

Wegen der Nachwahl des (weiblichen) Vorstandsmitglieds sollte diese eigentlich in Präsenz stattfinden. Dies ist organisatorisch schwer möglich. **Deswegen soll die Wahl im Anschluss an die Sitzung per Briefwahl erfolgen.**

Info: Holger Hänsgen: Die Zuwendungsbescheinigungen (Spenden) sind an alle versendet. Es gab auch schon einige Rückmeldungen und Beitragserhöhungen.